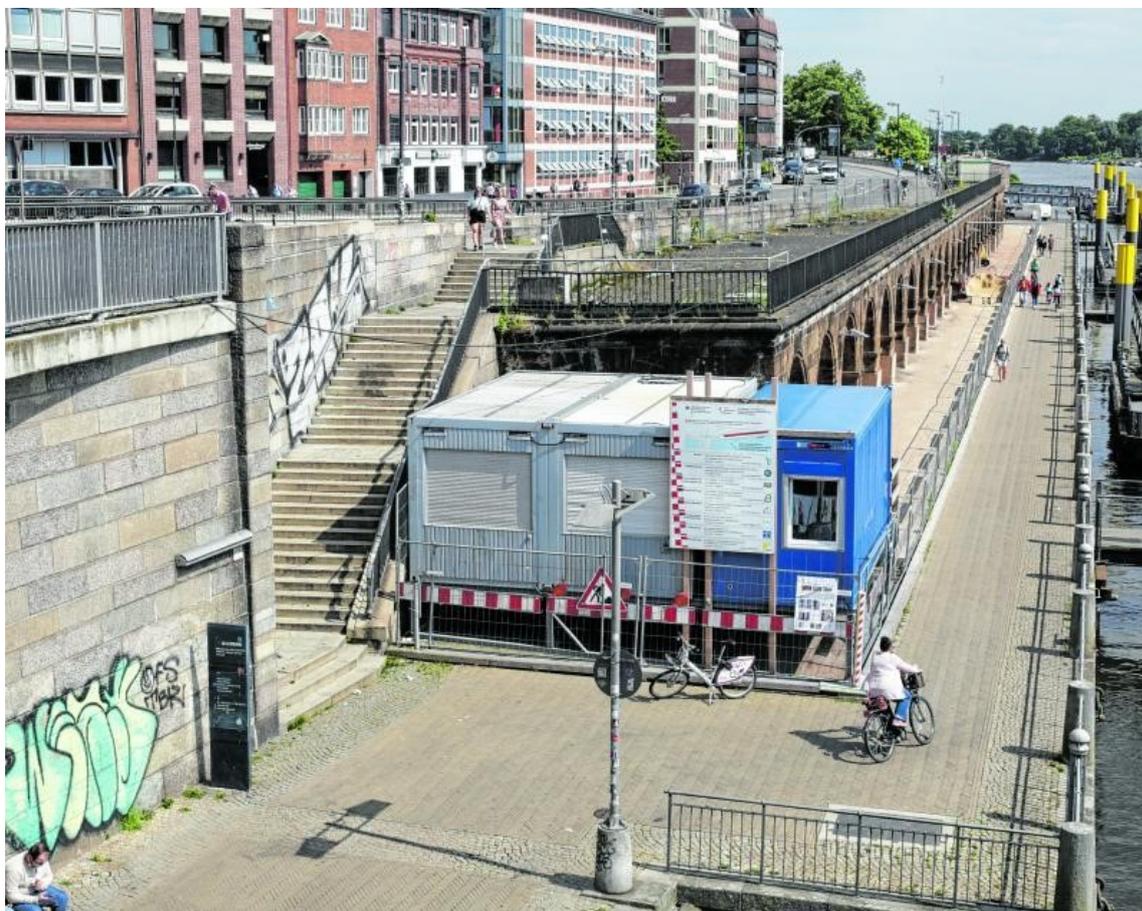


Einstimmiger Beschluss der Stadtteilpolitiker Standortfrage ist entschieden

Das Arisierungsmahnmal soll an den Weser-Arkaden realisiert werden



Über den geplanten Standort herrscht nun Einigkeit.

SIGRID SCHUER

Altstadt. Auf allgemeinen Anklang stießen im Bauausschuss des Beirates Mitte die Pläne, das Arisierungsmahnmal nun nicht mehr, wie eigentlich ursprünglich geplant, an der Schlachte, sondern an den Weser-Arkaden realisieren zu lassen. Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten bis auf eine Enthaltung geschlossen dafür. In einer Mitteilung zeigen sich die Bremer Grünen erfreut, dass damit eine entscheidende Hürde für den Alternativstandort genommen wurde. Die Standortfrage noch einmal genau abzuwägen, habe sich trotz des Zeitverlustes im Sinne der bestmöglichen Lösung als richtiger Weg erwiesen.

Die Debatte um das Arisierungsmahnmal zieht sich bereits über Jahre hin. Dazu kommt, dass der neue, geeignetere Standort mit 440.000 Euro im Vergleich zur Schlachte wesentlich günstiger ist. An der Schlachte hätte die Realisierung des Mahnmals allein 590.000 Euro plus 240.000 Euro für einen barrierefreien Zugang gekostet. Was sich an der Tiefer zudem positiv auswirke, sei die doppelt so hohe Geländekante im Vergleich zur Schlachte. Außerdem habe die jüdische Gemeinde ohnehin dem möglichen Mahnmal-Standort an der Schlachte mit großen Bedenken gegenüber gestanden, da auf dieser Party-Meile eine kontemplative Betrachtung des Mahnmals nicht möglich gewesen wäre. „So aber sei es erinnerungskulturell ein sehr präsent Setting“, betonte Henning Bleyl, einer der federführenden Köpfe der zivilgesellschaftlichen Initiative, die das Projekt initiiert hatte.

Das geplante Mahnmal der Künstlerin Evin Oettingshausen erinnert an die wirtschaftliche Dimension des Holocaust, die Beraubung und Existenzvernichtung von Jüdinnen und Juden. Hauptprofiteur der sogenannten Aktion M war Kühne + Nagel. Kurzzeitig gab es in der Ausschusssitzung um die Bezeichnung des Mahnmals noch einmal Irritationen: Peter Bollhagen (FDP) wies darauf hin, dass es schon lange nicht mehr den Titel K+N-Mahnmal trage. Das Logistikunternehmen mit Sitz unweit der Weser-Arkaden, hat geraubte Möbel von jüdischen Deportierten durch Europa transportiert und an der sogenannten Arisierung verdient. Aber auch andere Unternehmen, das Finanzamt und Bremer Bürger haben von dieser Beraubung der jüdischen Mitbürger profitiert. Deshalb ist auch eine Drittelfinanzierung des Mahnmals durch Staat, Wirtschaft und Privatleute geplant.

Kai Wargalla, Kulturdeputierte und kulturpolitische Sprecherin der Grünen, erklärt: „Bremen hat beim massenhaften, systematischen Raub jüdischen Eigentums sowie dessen Abtransport und Verwertung eine tragende Rolle gespielt. Wir müssen daraus Lehren ziehen. Das ist gerade angesichts des weitverbreiteten Antisemitismus sowie des grassierenden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus eine Aufgabe für alle Demokratinnen und Demokraten.“
